

ERSTE VORLAGE

Initiative «Klimawende 1,5 Grad»

von GermanZero, Fridays for Future Erlangen,

Nick Heubeck, Petition bei change.org „Kohleausstieg bis 2030! Verbrennung bis 2038 ist kein Konsens!“

DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

Waldbrände, Starkregen, Überflutungen, Dürren: Wir erleben die Folgen der Klimakrise bereits vor der eigenen Haustür.

Die Klimakrise stellt die Menschheit vor eine existenzielle Bedrohung (VoiceOfAction 2020).

Dabei ist der erforderliche Klimaschutz technisch und finanziell machbar! Und er führt in eine Zukunft mit mehr Gesundheit, weniger Verschmutzung und Verschwendung - sowie sauberen Energien, die unser Wohlergehen und ein Überleben aller sichern.

Völkerrechtliche Grundlage

Mit dem 2016 in Kraft getretenen Übereinkommen von Paris hat sich die internationale Staatengemeinschaft, 196 Mitgliedsstaaten der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen, darauf geeinigt, den durch die Klimakrise verursachten Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur gegenüber dem Niveau vor der Industrialisierung, auf "deutlich unter 2°C" zu begrenzen und hierbei das Ziel von 1,5°C zu verfolgen (Europäische Kommission 2020).

Das Problem: Von einer Umsetzung dieses Beschlusses sind wir meilenweit entfernt!

Obwohl die EU den Klimanotstand ausgerufen hat, ist die Klimaschutzgesetzgebung in Europa wie in Deutschland völlig unzureichend: So verschleppen wir den Umstieg auf neue Technologien und verfehlen das 1,5-Grad-Ziel mit Sicherheit! Die bestehenden und die neu eingebrachten Gesetze verkennen die Dramatik der Situation.

Wer, wenn nicht wir?

Viele Menschen in Deutschland wollen das Klima schützen, die überwältigende Mehrheit ist beunruhigt über die Klimakrise. Wir müssen beim Klimaschutz vorangehen und gleichzeitig andere, ärmere Regionen massiv in der Bekämpfung der Klimakrise unterstützen. Es ist unsere einzige Chance (Fraunhofer IEE 2018).

GESETZLICHE GRUNDLAGE

GESETZLICHE GRUNDLAGE

Artikel 20a GG

„Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.“

Das in Deutschland am 18.12.2019 in Kraft getretene Klimaschutzgesetz umfasst im Wesentlichen folgende Punkte (Bundesregierung 2019):

- Treibhausgasneutralität bis 2050
- Treibhausgasemissionen im Vergleich zum Jahr 1990 schrittweise mindern, dabei um mindestens 55 Prozent bis zum Zieljahr 2030
- Festgelegt: jährliche Emissionsziele in den einzelnen Sektoren Energiewirtschaft, der Industrie, im Gebäudebereich, im Verkehr, in der Land- und Forstwirtschaft sowie in der Abfallwirtschaft

Das Ergebnis des Klimagesetzes aus 2019 bleibt jedoch weit hinter dem vereinbarten Ziel des Pariser Klimaabkommens zurück. Wir steuern mit dem beschlossenen Maßnahmenpaket auf ca. 3°C + zu.

ANGESTREBTE REGELUNG

ANGESTREBTE GESETZLICHE REGELUNG

Zu den einzelnen Eckpunkten Klimaneutralität bis 2035, Kohleausstieg bis 2030, 100% erneuerbarer Energieversorgung bis 2035 sind gezielte Maßnahmen erforderlich:

Maßnahmenpakete:

1. Wirksamere, stetig ansteigende CO₂-Mindestpreise in allen Sektoren (gemäß Verursacherprinzip)
2. Ab- und Umbau von klimaschädlichen Subventionen als Anreizförderung für klimapositive Produktion und Konsumverhalten
3. Aufnahme des Klimaschutzes als Staatsziel in die Verfassung

Detailliert heißt das:

- **Energieversorgung:** 100% erneuerbar, fossilfrei und auch als Bürgerenergie ermöglichen
- Erhöhung des **CO₂-Mindestpreises** für jede Tonne CO₂ (Ziel: 180€ pro Tonne CO₂ (UBA 2019))
- **Einführung einer CO₂-Steuer**, dynamisch angepasst zur Erreichung von Emissionsminderungszielen mit steuerlichem Grenzausgleich, um weltweit Anreize zu schaffen, CO₂ zu bepreisen. Entwicklung einer fairen Verwendungsnutzung der CO₂-Steuereinnahmen z.B. als "Klimadividende", die diejenigen belohnt, die im Schnitt den geringsten CO₂-Verbrauch pro Kopf vorweisen.
- **Klimaneutralität:** auf 100% erneuerbare Energien umstellen und prozessbedingte Emissionen reduzieren.
- **Mobilität:** Massiver Ausbau des öffentlichen Verkehrs, des Bahnfern- und Fernbusverkehrs, des Fahrrad- und Fußverkehrs sowie Elektrifizierung des Auto-, Lkw- und Busverkehrs, angemessene Besteuerung von Luftverkehr und Schifffahrt sowie Umrüstung auf klimapositive Technologien. Anreize schaffen

zur Vermeidung von Verkehren durch regionale Produktion und Lebensmittelversorgung wie auch veränderte Homeoffice-Regelungen einhergehend mit dem Ausbau digitaler Infrastruktur.

- **Gebäude und Wohnen:** staatliche Förderung für energetische Gebäudesanierung massiv erhöhen und flächendeckend umsetzen; die Versiegelung von innerstädtischen Flächen rückgängig machen bzw. reduzieren.
- **Landwirtschaft, Landnutzung und Ernährung:** strategische Neuausrichtung der Förderung und langfristigen Weiterentwicklung der Landwirtschaft, strikte Abkehr von der Massentierhaltung und schrittweise Entwicklung hin zu einer 100% ökologischen Landwirtschaft, Ausrichtung auf Kreislaufwirtschaft, Sicherung und Erhöhung der Kohlenstoffbindung durch den Schutz von Ökosystemen wie Wälder und Moore, Förderung von intersektoralen Lösungen (z.B. Agrophotovoltaik).

Ziel

Diese Grundpfeiler der Klimawende 1,5°C dienen entscheidend dazu, die Treibhausgasemissionen stark zu reduzieren, um die Einhaltung der Ziele des Pariser Abkommens und des 1,5°C-Zieles zu erreichen.

ABSTIMMUNGS- FRAGE

Stimmen Sie einer gesetzlichen Verpflichtung zur Klimaneutralität bis 2035, zum Kohleausstieg bis 2030 und zur vollständigen Versorgung mit erneuerbarer Energie bis 2035 zu?

**PRO
ARGUMENTE**

KLIMANEUTRALITÄT BIS 2035

Deutschland als Industrienation verantwortet so viele klimaschädliche Emissionen wie Südamerika und Afrika zusammen.

**VERANTWORTUNG
WAHRNEHMEN**

Gesellschaftliches Wohlergehen für uns alle kann nur erhalten werden, wenn Deutschland konsequent auf klimapositive Zukunftsbranchen setzt: "Weniger Kosten, mehr Jobs, höhere Rendite".

**LEBENSWERTE
STÄDTE UND
KOMMUNEN**

Mit der Mobilitätswende wird der Stadtraum stressfreier und schützt die Einwohner*innen vor den Folgen der Erderhitzung. Gleichzeitig tragen mehr Stadtgrün und die Abnahme von Feinstaubbelastungen zu besseren Gesundheitsbedingungen bei (Umweltrat 2020).

KOHLEAUSSTIEG BIS 2030

**GESUNDHEITS-
SCHÄDIGUNG**

Die Luftverschmutzung durch Kohlekraftwerke gefährdet die Gesundheit und fordert jährlich tausende Menschenleben (Ärztblatt 2016). Trotz aufwändiger Filtertechnik stoßen Kohlekraftwerke zahlreiche gesundheitsschädliche Stoffe in großen Mengen aus, darunter Feinstaub in erheblichem Umfang und Schwermetalle.

**UMWELTBELASTUNG
UND ENTWURZELUNG**

Der Kohletagebau erfordert massive Eingriffe in die Landschaft, wodurch große Natur- und Siedlungsflächen sowie die natürlichen Wasserhaushalte zerstört werden. Dabei entwurzelte er bereits zehntausende Anwohner*innen durch den Verlust ihres Zuhauses (Klima-Allianz).

**AUSSTIEG BIS 2030
IST MÖGLICH**

Das Fraunhofer-Institut kommt in der Studie „2030 kohlefrei“ zu dem Fazit: „Ein Ausstieg aus der klimaschädlichen Kohle ist bis 2030 möglich (...). Dank der rapide günstiger werdenden sauberen Energien aus Sonne und Wind, sowie der Vernetzung mit unseren europäischen Nachbarn ist dieses (...) Energieszenario realistisch und bietet Versorgungssicherheit für alle“ (Greenpeace 2018).

100% ERNEUERBARE ENERGIEVERSORGUNG BIS 2035

ENERGIEUNABHÄNGIGKEIT	Durch eine Abkehr von Kohle, Öl und Gas wird Deutschland unabhängig von Energieträgern aus Ländern wie Saudi-Arabien und Russland (Focus Online 2019).
GÜNSTIGSTE OPTION	Die Folgekosten der Klimakrise übersteigen die Investitionen in ein Energiesystem aus 100% erneuerbaren Energien deutlich. Im Vergleich zu fossilen Energieträgern sind die Kosten pro Kilowattstunde bei Erneuerbaren Energien deutlich niedriger (DIW 2019).
JOBMOTOR	Bislang sind in den Erneuerbaren Energien mit 380.000 Jobs rund sechsmal so viele wie in der Atom- und Kohlekraft zusammen entstanden. Ein Ausbau der Photovoltaik führt voraussichtlich zu 200.000 zukunftsfähigen Jobs. Die Potenziale von Windenergie und grünem Wasserstoff sind hier noch nicht mitgerechnet (Hans-Josef Fell, MdB).
POTENZIAL	Vorteil der Photovoltaik ist z.B. die Kombination mit Landwirtschaft als Agrophotovoltaik. Offshore-Windparks bieten Unsichtbarkeit vom Land und zusammen mit Onshore-Windparks bilden sie eine üppige Reserve, die für weitere Elektrifizierungen (Mobilität, Heizung) oder zum Export zur Verfügung stünden (Fraunhofer ISE 2020).
SPEICHERUNG	Energie muss gespeichert werden. Die Lösung liegt im Wasserstoff, der industriell in großen Mengen hergestellt werden kann. Die Machbarkeit ist in einer Anlage in Mainz (2018) sowie in Studien nachgewiesen worden (Now GmbH 2018).

CONTRA ARGUMENTE

INVESTITIONEN UND AKZEPTANZ

GEGEN KLIMANEUTRALITÄT 2035

Um bis 2035 klimaneutral zu sein, sind massive Investitionen durch den Staatshaushalt nötig. Eine Konkurrenz von Investitionsbedarfen in verschiedenen Politikbereichen ist möglich.

UMSETZUNG

Für eine vollständige Klimaneutralität der Wirtschaft und aller Lebensbereiche in 15 Jahren, braucht es massive Anstrengungen, die nur gemeinsam zu erreichen sind. Bestehende Verwaltungs-, Beschaffungs- und Infrastrukturen sind nicht auf diesen Umbau vorbereitet. Ebenso fehlt es an ausreichend Bildungs- und Ausbildungsangeboten, Fachpersonal und beruflichem Nachwuchs, insbesondere im Handwerk.

VERSORGUNGS- SICHERHEIT

GEGEN KOHLEAUSSTIEG 2030

Eine der Hauptquellen der Stromversorgung, ca. 20%, kommt aus der Kohleverstromung. Alternativen, die zuverlässig funktionieren, entstehen nicht von heute auf morgen. Geht das Konzept nicht auf, muss mehr Strom aus dem Ausland importiert werden.

ERHALT VON ARBEITSPLÄTZEN

Knapp 20.000 Arbeitsplätze zählt der Sektor der fossilen Brennstoffe. Zwar gehen bis 2030 zwei Drittel dieser Beschäftigten in Rente und das verbleibende Drittel könnte im Rückbau und der Rekultivierung der Tagebaue und der Kraftwerke arbeiten, doch Umschulungen bieten nicht allen Menschen eine Alternative. Insbesondere die strukturschwachen Regionen des Kohleabbaus könnten bei mangelnder Strukturförderung eine negative Bevölkerungsentwicklung nehmen (wissenschaft.de 2018).

HOHE STROMKOSTEN

Die Stromkosten in Deutschland zählen schon heute zu den höchsten in Europa. Die Energiewende dürfte den Strom noch teurer machen. Neben Verbraucher*innen ist gerade die energieintensive Industrie besorgt und spricht von einer Gefährdung der Wettbewerbsfähigkeit (Bündnis faire Energiewende 2020).

GEGEN 100% ERNEUERBARE ENERGIEVERSORGUNG 2035

SOZIALE AKZEPTANZ

Der Bau von Stromtrassen quer durch Deutschland stößt bei vielen Anwohner*innen auf Widerstand. Dies ist in der zeitlichen Planung zu berücksichtigen. Beim Bau von Windrädern werden die Abstandsregelung und die Verschattung von Wohngebieten kritisch gesehen. Diskutiert wird auch, ob Windanlagen Infraschall erzeugen, der ggf. zu gesundheitlichen Folgen wie Erschöpfung, Schlaflosigkeit oder Kopfschmerzen führen könnte (Ärzteblatt 2019).

VERFÜGBARKEIT ERNEUERBARER ENERGIEN

Die Verfügbarkeit erneuerbarer Energien weist zu bestimmten Tages- und Jahreszeiten eine Lücke auf. Mit den heutigen Speicherkapazitäten ist eine sofortige Umstellung noch nicht zu bewältigen.






INVESTITIONSKOSTEN



Für den Ausbau der Speicherkapazitäten, der Stromtrassen, der Anlagen und der Infrastruktur müssen Milliarden investiert werden. Ein positiver Effekt der Investitionen ist jedoch erst langfristig sichtbar.

**POSITIONEN DER
PARTEIEN**







So stehen die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien zu...




...KLIMANEUTRALITÄT 2035:

CDU/CSU		Rückgang der CO2-Emissionen bis 2030 um 55% gegenüber 1990
SPD		Rückgang der CO2-Emissionen bis 2030 um 55% gegenüber 1990
B90/Die Grünen		CO2-Budgets und Sektorziele bis 2050
Die Linke		Rückgang der CO2-Emissionen bis 2030 um 65% gegenüber 1990
FDP		Bis 2050
AfD	-	







-  Zustimmung zu Klimaneutralität 2035
-  Ablehnung von Klimaneutralität 2035




...KOHLEAUSSTIEG 2030:

CDU/CSU		Kohleausstieg bis 2038
SPD		Kohleausstieg bis 2038
B90/Die Grünen		„Schon im Zeitraum 2022 bis 2030 Kohlekraftwerke kontinuierlich abschalten. Wir wollen das Ende des Kohleausstiegs deutlich vor 2038 erreichen.“
Die Linke		Kohleausstieg bis 2030
FDP		2038 und darüber
AfD		Kein Kohleausstieg

-  Zustimmung zum Kohleausstieg 2030
-  Ablehnung des Kohleausstieg 2030
-  Nicht eindeutig

...100% ERNEUERBARER ENERGIEVERSORGUNG 2035.

CDU/CSU		Erneuerbare: bis 2030 ein Anteil am Stromverbrauch von 65%
SPD		Erneuerbare: bis 2030 ein Anteil am Stromverbrauch von 65%
B90/Die Grünen		Erneuerbare: bis 2030, aber nur im Stromsektor
Die Linke		Anteil erneuerbarer Energien am Verbrauch: 100% bis 2035, 80% bis 2030
FDP		Nicht erreichbar
AfD		Nicht erreichbar

-  Zustimmung zu 100% Erneuerbarer Energieversorgung 2035
-  Ablehnung von 100% Erneuerbarer Energieversorgung 2035
-  Zustimmung, aber nur teilweise